

Wirtschaftschronik

1989 Die Konjunktur hat kaum an Schwung verloren, das Wirtschaftswachstum erreicht neuerlich etwa 4% Vom Export gehen weiterhin die kräftigsten Impulse aus, doch holt die Inlandsnachfrage deutlich auf Die Steuerreform belebt, wie erwartet, den privaten Konsum Hohe Gewinne und gut ausgelastete Kapazitäten setzen in der Industrie einen neuen Investitionszyklus in Gang Die Inflation bleibt gedämpft, die Leistungsbilanz ist ausgeglichen

1. September

Die Kollektivvertragslöhne der Brauereiarbeiter werden um 5,0% angehoben

13. Oktober

Aufgrund der angespannten Liquiditätssituation und des dadurch verursachten Zinsanstiegs auf dem Geldmarkt bietet die Oesterreichische Nationalbank den Banken DM-Devisenswaps an Dieses Angebot wird in der Folge bis über den Jahreswechsel beibehalten.

17. Oktober

Erstmals gibt die Oesterreichische Nationalbank eine 5.000-S-Banknote aus.

1. November

Die Ist-Löhne der Arbeiter der Metallindustrie steigen um 5,5%, die kollektivvertraglichen Mindestlöhne im Durchschnitt um 7,0%; die unterste Lohngruppe wurde abgeschafft, das

Die Wirtschaftschronik erscheint vierteljährlich. Sie stellt wichtige Ereignisse und Entscheidungen von gesamtwirtschaftlicher Tragweite aus den letzten Monaten zusammen. Schwerpunkt sind Maßnahmen und Beschlüsse der Währungsbehörden, der Budgetpolitik und der Tarifvertragspartner. Ihre Auswirkungen werden in den laufenden Berichten zur Wirtschaftsloge näher untersucht.

Mindesteinkommen laut Kollektivvertrag beträgt nun 10 000 S

Die Ist-Gehälter der Industrieangestellten werden je nach Branche um 5,0% bis 5,5%, die Mindestgehälter um 6,5% bis 6,9% angehoben. Die Kollektivvertragslöhne der Molkereiarbeiter steigen um 5,3%

1. Dezember

Das neue Börsegesetz tritt in Kraft Neben Regelungen zur Börsenorganisation und -aufsicht bringt es vor allem Neuerungen in der Wertpapierzulassung, erweiterte Publizitätspflichten und verschärfte Schutzbestimmungen für Anleger.

12. Dezember

Der Nationalrat beschließt das Abgabenänderungsgesetz 1989, das kleinere Korrekturen der Steuerreform und administrative Erleichterungen für die Steuerpflichtigen enthält (z B Aufhebung der Belegerteilungspflicht für die Umsatzsteuer).

15. Dezember

Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzgesetz 1990. Der Bundesvoranschlag 1990 sieht Gesamtausgaben im Allgemeinen Haushalt von 549,4 Mrd S und Einnahmen von 486,1 Mrd S vor. Das Nettodefizit beträgt somit 63,3 Mrd. S

1990 Höhere Zinsen bremsen international die Nachfrage und den Welthandel Dank höherer Wettbewerbsfähigkeit wächst Österreichs Export weiter kräftig, wenn auch nicht mehr so rasch wie bisher Im Inland fällt der unmittelbare Effekt der Steuerreform auf die Nettoeinkommen weg; der dämpfende Einfluß auf das Konsumwachstum wird aber durch einen Rückgang der Sparquote voraussichtlich wettgemacht Die im Herbst des Vorjahres vereinbarten Lohnsteigerungen heben die Inflationsrate über 3% Die Arbeitslosigkeit geht nicht mehr weiter zurück

1. Jänner

Die Oesterreichische Nationalbank setzt einen weiteren grundsätzlichen Liberalisierungsschritt im Devisenverkehr: In Zukunft sind alle Devisentransaktionen erlaubt, die nicht ausdrücklich verboten oder genehmigungspflichtig sind. Einschränkungen bestehen vor allem noch zur Emission von Wertpapieren und zur Kontoführung im Ausland sowie durch die Depotpflicht für ausländische Wertpapiere

Die Oesterreichische Nationalbank erhöht den seit April 1987 unveränderten Refinanzierungsplafond der Banken um 5 Mrd S auf 56 Mrd S

Die kollektivvertraglichen Mindestgehälter der Handelsangestellten werden um 5,8%, die unteren Lohngruppen und die Lehrlingsentschädigungen um 6,0% angehoben Der Handel vereinbart die prinzipielle Beibehaltung des laufenden Modellversuchs der Ladenöffnungszeiten

Im Metallgewerbe steigen die Kollektivvertragslöhne um 7,0% und die Ist-Löhne um 5,5%; wie in der Industrie ergibt sich auch hier ein Mindestlohn von 10 000 S Die Gehälter der Gewerbeangestellten werden um 5,8% auf Kollektivvertrags- und um 5,3% auf Ist-Basis erhöht. Die Kollektivvertragsgehälter der Journalisten steigen um 7,5%, die Ist-Gehälter um 5,3%